**OFFENE LINKE ANSBACH**
Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat, Würzburger Landstraße 18, 91522 Ansbach,
www.offene-linke-ansbach.de

**Pressemitteilung**

Ansbach, 26.11.2010

*Leiharbeit lohnt sich bedingt: Nur 8% werden übernommen; Löhne unter 1.300 Euro brutto*

In Ansbach ufert der Niedriglohnsektor aus: Fast jeder zehnte Arbeitnehmer ist Zeitarbeiter

*35% der Hartz-IV-Empfänger „arm trotz Arbeit" – Offene Linke für kommunale Strategien*

Auf Antrag der Offenen Linken wurde dem Ausschuss für Soziales erstmals umfassendes Zahlenmaterial zur qualitativen Entwicklung des Arbeitsmarktes, insbesondere mit Blick auf den Niedriglohnsektor und die Leiharbeitsbranche in Ansbach, vorgestellt. Hintergrund waren die Haushaltsansätze, die trotz sinkender Arbeitslosigkeit steigende Sozialleistungen der Stadt nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) und sinkende Einkommenssteuereinnahmen prognostizierten. Mit diesen Informationen relativierte der Geschäftsführer der ARGE Ansbach, Werner Meyer, auch den Jubel der Stadtspitze über die sinkende offizielle Arbeitslosenquote in Ansbach.

Ansbach gilt demnach als Hochburg der Zeitarbeit: 8,8% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Leiharbeiter. Ein Zuwachs von 37,5% gegenüber dem Vorjahr. Das bedeutet, dass ein erheblicher Teil der Menschen, die nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, in die Leiharbeit vermittelt wurden. Die Leiharbeit könne in Ansbach jedoch nicht mehr als „Sprungbrett" in den ersten Arbeitsmarkt angesehen werden, so Werner Meyer, da nur etwa 8% in feste Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden. Die Fluktuation steige an, der Verbleib in einer Tätigkeit betrage immer häufiger nur wenige Tage.

Zudem sei die Entlohnung mit weniger als 1.300 Euro brutto oft zu wenig, um von einem Vollzeitjob den Lebensunterhalt zu bestreiten, geschweige denn eine Familie zu ernähren. Dies schlägt sich auch auf die Zahlen der „Ergänzer" und „Aufstocker" nieder, die trotz Arbeitsstelle auf Hartz IV angewiesen sind. Deren Zahl wuchs gegenüber dem Vorjahr von 508 auf 628 an, was eine Steigerung von 23,6% bedeutet. Überdies gibt es in Ansbach 78 sog. „Ein-Euro-Jobber". Das heißt, dass 35% der rund 2.000 SGB-II-Empfänger und sogar 57% der erwerbsfähigen Bedürftigen in Ansbach einer Arbeit nachgehen. Das Phänomen „Arm trotz Arbeit" müsse in den Fokus der kommunalen Sozialpolitik, forderte die Offene Linke.

Demgegenüber beträgt die Zahl der in der Arbeitslosenstatistik auftauchenden SGB-Empfänger lediglich 544 Personen. Die 404 ALG-I-Empfänger mit eingerechnet, beträgt die Quote der Hilfsbedürftigen unter den 21.545 Erwerbsfähigen in Ansbach somit 7,7% (offizielle Arbeitslosenquote 4,4%). Die weiteren rund 750 SGB-II-Empfänger sind größtenteils Kinder und Jugendliche. „Diese Kinderarmut ist gesellschaftspolitisch besonders problematisch. Hier kann und muss die Kommune aktiv werden, etwa durch die Einführung eines Sozial- und Familienpasses, der die Teilhabe an Bildung, Kultur, Sport und Mobilität in Ansbach sichert", betonte die Offene Linke

Laut Werner Meyer gibt es in Ansbach inzwischen 24 Leiharbeitsfirmen, deren Zahl die der niedergelassenen Allgemeinärzte in der Stadt übersteigt. Die jetzt vorgelegte bundesweite Statistik der Arbeitsagentur zum Niedriglohnsektor zeichnet ein erschreckendes Bild: Demnach stieg dieser Anteil in Deutschland in den letzten zehn Jahren von 16 auf 22%. Bei den Frauen in Westdeutschland arbeiten sogar 35% zu Niedriglohn.

**Offene Linke für Vergaberichtlinien mit sozialen Kritereien**
Auch in einem Land ohne gesetzlichen Mindestlohn muss eine Kommune versuchen, gegenzusteuern. Kurzfristig ist dies nach Auffassung der Offenen Linken durch Vergaberichtlinien der Stadt Ansbach möglich, die selbst einen Mindestlohn und weitere soziale Kriterien festschreiben kann. Zudem dürfen keine weiteren Privatisierungen stattfinden: „Die Privatisierung der öffentlichen Reinigung 2009 war ein Signal in die falsche Richtung“.

Mittel- und langfristig muss die kommunale Wirtschaftspolitik Ansiedelungsstrategien verfolgen, die Firmen besonders unterstützt, welche Löhne bezahlen, die ein selbstständiges Leben ermöglichen. Auch der Branchenmix in Stadt und Region muss die Schaffung „guter Arbeit“ flankieren: Erneuerbare Energien, Neue Medien oder Medizintechnik sollten hierbei im Fokus stehen.
Abschließend appellierte die Offene Linke an die Stadtspitze, endlich Wege in Richtung einer aktiven Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Ansbach zu beschreiten.

*gez. Boris-André Meyer, Stadtrat*